

EU bezahlt viel, aber nicht alles

UWG informiert sich über EU-Fördermittel

Neustadt (r/dgs). Wenn in Österreich jeder Kreisverkehr mit bunten Blumen bepflanzt und mit einem Hinweisschild „Gefördert durch die Europäische Union“ versehen ist, heißt das offenbar nicht, dass das in Deutschland auch so ist. Das erfuhren die Mandatsträger der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) bei einem Informationsabend mit Andreas Listing und Klaus Hebecker von der Stabsstelle für Europaangelegenheiten der Re-

gion Hannover. Denn ganz so einfach ist es nicht, an das Geld aus Brüssel zu kommen. „EFRE“, „ELER“, „LEADER“ oder „ESF“ heißen die Zauberwörter, hinter denen sich eine Reihe von unzähligen Fördermöglichkeiten verbergen. Dafür stünden in Niedersachsen gebündelt für die Förderperiode 2014 bis 2020 etwa 2,1 Milliarden Euro an Mitteln aus den genannten Fonds zur Verfügung, berichten die Experten. Jeder könne EU-Fördergelder be-

antragen, lautete ihre einleitende Botschaft. Um an das Geld der EU zu kommen, sei es ein weiter Weg, mit einem „Papierkrieg“, der sich aber lohne, erfuhren die Zuhörer.

„Ich würde jedem raten, sich dabei Hilfe zu holen“, erklärte Listing. Ansprechpartner sei auch die Stabsstelle der Region. Ein Antrag für Fördermittel umfasse etliche Seiten und mit den Angaben und Fragen im „Fachchinesisch“ sei man als Laie überfor-

dert.

Für Neustadt selbst und den geplanten Rathausneubau gebe es aber keine Chance, in den Genuss von Förderung zu kommen, zeigten sich die Experten überzeugt. Die Kernstadt gehöre nicht zu den strukturarmen Gebieten. Anders sehe das für die Dörfer im aus.

Rund 80 Prozent des EU-Haushalts werden von den nationalen und regionalen Behörden verwaltet. Das sind in erster Linie die Struktur- und Investitionsfonds und Agrarbeihilfen. Hier informieren und unterstützen nationale, regionale und kommunale Behörden die Antragsteller. Weitere 20 Prozent fließen in Programme, die zentral in Brüssel verwaltet werden, hauptsächlich in den Bereichen Forschung und Innovation, Bildung und Ausbildung sowie Verkehr und Energie. Über zwei Stunden Information reichten nicht aus, um alles über die Richtlinien zu erfahren. Dennoch freute sich die UWG über „wertvolle Erfahrungen, die bei der politischen Arbeit weiterhelfen“, so das Resümee.

Mandatsträger der UWG informieren sich über die Vergabe von Fördergeldern durch die Europäische Union. Foto: (r).

